Pressemitteilung



Kiel. 25. Mai 2011 Nr. 161/2011

Lothar Hay:

Maisanbau für Biomasse-Anlagen gefährdet Artenvielfalt

Zur Antwort auf seine zweite Kleine Anfrage zum Grünlandumbruch in Schleswig-Holstein sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Bereits meine erste Anfrage zum Thema Grünlandumbruch in Schleswig-Holstein und den damit verbundenen Anbau von Mais zur energetischen Nutzung zeichnete eine dramatische Entwicklung für Natur und Umwelt. Die inzwischen 400 Biomasse-Anlagen benötigen immer mehr Mais; dieser wird in Monokulturen angebaut, die Umwelt und Natur belasten. In der Landwirtschaft wächst die Konkurrenz zwischen gut zahlenden Pächtern von Anbauflächen für Energiepflanzen und den Erzeugern von Nahrungsmitteln. Dies schafft Konflikte in der Landwirtschaft und führt zu Problemen in der Gesellschaft.

Die neuen Zahlen in der Antwort auf meine zweite Anfrage bestätigen diese zunehmend kritische Entwicklung. Zwar hat sich der Anteil des Dauergrünlands an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche leicht erhöht. Bei den inzwischen über 1.200 genehmigten Anträgen zum Grünlandumbruch werden die neu geschaffenen Flächen allerdings nur quantitativ und nicht qualitativ berücksichtigt. Dies ist unhaltbar für unsere Natur und die dort lebenden Arten. Es gibt einen großen Unterschied zwischen den umgebrochenen, vorher langjährig gewachsenen Flächen und den neu ausgesäten Ersatzflächen. Ein nicht zu akzeptierender Rückgang der Artenvielfalt auf den neuen, aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes minderwertigen Grünlandflächen wird so von der Verwaltung toleriert. Dieser Trend wird durch den allein von 2009 auf 2010 um 28.000 ha gewachsenen Anbau von Silomais - überwiegend für Biomasse-Anlagen – auf inzwischen fast 176.000 ha in Schleswig-Holstein noch verschärft.

Besonders bedenklich ist, dass Grünlandflächen nun auch ungenehmigt umgebrochen werden und dabei bewusst ein Verlust von EU-Direktzahlungen einkalkuliert wird. Das Landwirtschaftsministerium hat seit 2009 bereits über 100 derartige Fälle erfasst und sanktioniert. Die Menschen erwarten eine im Einklang mit Natur und Umwelt wirtschaftende

Landwirtschaft und sind nur dafür bereit, Steuergelder bereit zu stellen. Landwirte, die bewusst gegen die Standards im Umwelt- und Naturschutz verstoßen, gefährden die gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft insgesamt.

Was wir brauchen, um diesen Trend zu stoppen, ist zum einen seitens der Landesregierung ein wirksamer Schutz des Grünlands vor weiteren Umbrüchen zu Ackerland. Die von der Landesregierung Anfang Mai vorgelegte Regelung für Flächen zum Schutz von Wiesenvogelarten ist nur ein erster Schritt und nicht ausreichend. Daneben brauchen wir zum anderen schnell Alternativen zur Nutzung anderer Pflanzen als Mais für Biomasse-Anlagen. Hier sind die Landwirtschaft und die Forschung in der Pflicht, gesamtgesellschaftlich tragfähige Lösungen zu erarbeiten und schnell einzusetzen.